

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Michael Wäschenbach (CDU)

Zukunft der Privatschulen für Gesundheitsberufe; Fachkräftegewinnung für Gesundheitsfachberufe

Im Gesundheitsausschuss am 9. Mai 2019 hat die Landesregierung auf Antrag der CDU-Fraktion (Vorlage 17/4510) einen Stufenplan zur Überführung privater schulgeldpflichtiger Gesundheitsschulen in die Trägerschaft von Krankenhäusern vorgestellt. Dadurch sollten die Ausbildungskosten von den Krankenkassen refinanziert werden, und das Schulgeld sollte entfallen. Das Vorgehen wurde laut Aussage der Gesundheitsministerin mit allen relevanten Akteuren abgestimmt.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. In welcher konkreten Form hat die Landesregierung die relevanten Stakeholder (d. h. Träger der Schulen, Vertreter der betroffenen ambulanten und stationären rehabilitativen Einrichtungen, Vertreter der Fachärzte für Physikalische und Rehabilitative Medizin, Vertreter der Werkstätten für behinderte Menschen [WFBM], der Berufsförderungswerke [BFW] und der niedergelassenen therapeutischen Praxen) am Diskussionsprozess sowie an der Lösungsfindung beteiligt, und welche Gesprächsangebote wurden den relevanten Akteuren konkret gemacht?
2. In welcher Form hat die Landesregierung die Rechtmäßigkeit der Mittelausstattung und Überführung der Schulen in die Finanzierung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHD) vor dem Hintergrund der Formulierung des § 17 a (e) KHG sowie des Kartell- und Vergaberechts überprüft, und wie stellt die Landesregierung den Erhalt der bereits langjährig existierenden Schulen und ihre Integration in den Ausbildungsstellenplan sicher (Privatschulfreiheit gemäß Artikel 7 GG)?
3. Wie stellt die Landesregierung konkret die Ausbildungsgerechtigkeit in den Gesundheitsfachberufen vor dem Hintergrund der folgenden vier unterschiedlichen real existierenden Formen von Ausbildungsstrukturen sicher: (a) Schulen, die schulgeldfrei sind, (b) Schulen die schulgeldfrei sind und Ausbildungsvergütung zahlen, (c) Schulen, die schulgeldfrei sind und Ausbildungsvergütung zahlen, aber aufgrund der multiplen Ausbildungsbetriebe, die nicht alle in Tarifverträgen organisiert sind, in unterschiedlicher Höhe, (d) Schulen, die auf Grund ihres Trägers schulgeldpflichtig sind?
4. Wie viele Schulen und welche Ausbildungsgänge an Gesundheitsfachschulen wurden angesichts der aktuellen Situation an Krankenhäuser überführt, geschlossen oder sehen sich von Schließung bedroht (regionale Aufteilung)?
5. Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung kurz- und mittelfristig, um dem Fachkräftemangel in den Gesundheitsberufen (in diesem Fall außer Pflegefachkräften) in Rheinland-Pfalz zu begegnen?
6. Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung kurz- und mittelfristig, um dem Rückgang der Auszubildenden und der Schließung von Gesundheitsfachschulen in Rheinland-Pfalz zu begegnen?

Michael Wäschenbach